

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Geschenk jeden Freitag.

zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Reaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephon 7605.
Redaktionsschluß Dienstag Mittag.

Postkarte

lassen die dreigesparte Postkarte 30 Pf. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Mr. 21.

Cöln, den 24. Mai 1907.

VIII. Jahrgang.

Kollegen, Kolleginnen! Stärkt den Verband durch Eure Abstimmung. Werbt unermüdlich neue Mitglieder!

Nach der Schlacht.

„Unzufriedenheit und Misstrauen auf der ganzen Linie,“ das ist die Signatur nach dem Kampfe. Nur die „Holzarbeiter-Zeitung“ und die ihr sekundierende soz. Parteipresse redet von großen Erfolgen der Arbeiter. Wer jedoch mit den im Kampfe gestandenen Kollegen in Fühlung steht, wird nicht verleugnen, daß die erzielten Erfolge anstatt neuer Hoffnungsfähigkeit Misströmung erzeugt haben. Letzteres ist zu verstehen, jedoch nicht zu verteidigen. Wir sind weit davon entfernt, ein Loblied ob der Erfolge zu singen, festgestellt aber muß werden, daß der Kampf nicht vergeblich geführt wurde. Er scheint auch das für die Berliner Kollegen erreichte zu minimal, das sicherlich nicht der Kampfesopfer wert war, erscheint auch die Regelung der Arbeitszeit der Barmer Kollegen als völlig ungenügend, in Abrechnung der in Elberfeld bereits bestehenden neunstündigen Arbeitszeit, der Gesamterfolg ist immer des Mannes wert. Wenn freilich ein Teil der soz. Presse renomiert, der größte Erfolg bestehend darin, daß es den Arbeitgebern nicht gelungen sei, den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband zu zerstören, so ist dieses müßiges Gerede. In ein solches war überhaupt nicht zu denken. Dafür ist der Organisationsgedanke dem deutschen Arbeiter viel zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen.

Nur die Tatsache der Misströmung in weiten am Kampfe beteiligten Arbeiterschichten sei für heute registriert. Notwendig erscheint dieses schon deshalb, weil daraus für später Lehren gezogen werden können, dann aber auch um festzustellen, was dasjenige war, was die soz. Presse ihren Lesern bietet, um sie zu bestimmen, für eine mit Zukunft rechnende Arbeitersorganisation nicht maßgebend zur Beendigung einer Sacklage sein kann.

* * *

Schon in der nach der Fällung des Schiedsspruches abgehaltenen Beraternärräumeversammlung des soz. Holzarbeiterverbandes in Berlin kam die Misströmung zum Durchbruch. Die Erwartungen bezüglich der Arbeitszeit waren insbesondere gesättigt worden. Auch der Referent betonte, daß wohl kein Kollege mit dem für Berlin erreichten zufrieden sei. Lediglich der Gedanke, daß mit einem längeren Kampfe die Situation für die Berliner Kollegen eher schlechter wie besser werde, führte zur Annahme des Schiedsspruches.

Dieselben Erwägungen waren es dann auch, welche die Mitgliederversammlung des soz. Verbandes, die am Vormittag des 12. Mai stattfand, veranlaßte, dem Schiedsspruch zu stimmen. Immerhin stimmten von 6650 Holzarbeitern, die sich an der Abstimmung beteiligten, 1861 dagegen; 84 Stimmen waren ungültig. Die Opposition gegen den Schiedsspruch wurde in dieser Versammlung damit abgetan, daß die Diskussion frühzeitig geschlossen wurde. Nur ein oppositioneller Redner kam nach Zeitungsmeldungen zu Worte. Der Referent Glöckel führte aus, daß es geradezu eine Unmöglichkeit sei, den Kampf weiter fortzuführen. Während die Volksklasse des Verbandes bei Beginn des Kampfes rund 400 000 M. Bestand aufwies, sei für Berlin und die Vororte allein eine Ausgabe von 2½ Millionen Mark erforderlich geworden. Es habe bei den Arbeitern an einem festen Zusammenschluß gemangelt, denn trotz dreimaliger Aufforderung seien die Unverheirateten nicht abgereist, so daß zu viel Extraunterstützungen und Darlehen gewährt werden müssten. 1000 Streitbrecher seien dazu schon vorhanden. Von anderen Gewerkschaften habe der Verband keine Gelder erlangen können, da jene teils selbst erst Kämpfe durchgemacht hatten, teils vor Streiks standen. Das Geld sei nur durch die Opferwilligkeit der 700, über ganz Deutschland zerstreuten Zahlstellen aufgebracht worden. Der Arbeitgeberverband hoffte durch die Aussprüngungen im ganzen Reihe die Hilfsquellen der Arbeiterorganisation zu erschöpfen. Mit welcher Hastnäigkeit die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbege richt ge führt wurden, kann schon daraus ersehen werden, daß wegen einer Lohn erhöhung von 10 Pf. für Montagearbeit allein drei Tage verhandelt worden seien. Siehe man die jetzige Konjunktur, sowie die finanzielle und wirtschaftliche Lage in Betracht, so müsse zur Annahme des Schiedsspruches geraten werden.

* * *

Die Arbeitgeber nahmen in einer Versammlung am 13. Mai zum Schiedsspruch Stellung. Auch hier zeigte sich Kampfesmüdigkeit. Die Referenten Dr. und Oberstaatsanwalt Mahardt rieten, wie Arbeitgeber-Zeitungen melden, nur Frieden und betonten, es müsse geradezu als Freundschaft geschieden werden, wolle man den Kampf noch weiter fort-

setzen. Zwanzig Millionen Mark habe er schon verschlungen, von denen vierzehn Millionen auf die Arbeitgeber und sechs Millionen Mark auf die Arbeitnehmer entfallen. In dem Schiedsspruch sei vorgesehen, daß der Vertrag in allen fünfzehn Städten zugleich ablaufe. Auch sei den Lokalverbänden das Kündigungsrecht eines Vertrages genommen worden, so daß nur noch der Zentralvorstand zu entscheiden hat. Im Hinblick hierauf könne man wohl die Hand zum Frieden bieten. In der Diskussion machte sich anfangs noch eine lebhafte Gegenströmung geltend, doch gelang es dem Obermeister Richardt, sie zu beruhigen. Bei der schließlichen Abstimmung erklärten sich 489 Betriebe mit 2337 Stimmen für die Annahme, dagegen 84 Betriebe mit 418 Stimmen.

Gleichzeitig nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die am 13. Mai 1907 in den Konföderationsräumen versammelten Tischlermeister und Holzindustriellen erklären, zu den bisherigen für ihre Waren erzielten Preisen die Kosten des Schiedsspruchs des Einigungsamtes vom 11. Mai mit dann tragen zu können, wenn eine Steigerung der Verkaufspreise um 7½ Prozent Platz greift, zumal bei der sozwährenden Preiserhöhung aller zur Verwendung kommenden Materialien von einem angemessenen Aufschub in den letzten Jahren kam, die Rente sei sonnen. Die Versammlung beschließt aus diesem Grunde, die bisherigen Verkaufspreise um 7½ Prozent zu erhöhen. Diesem Beschlusse werden sich in den nächsten Tagen die anderen Städte anschließen.“

So machen die Arbeitgeber das beste Geschäft bei der Sache. 5 Prozent Lohnerschöpfung geben sie auf die um 30 Prozent der Geschäftskosten beträgenden Löhne und 7½ Prozent schlagen sie auf den Gehaltspreis der Waren.

* * *

Die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis, scheint besonders bei den lokalorganisierten sozialen Holzarbeitern groß zu sein. Ihr Organ „Die Einigkeit“ läßt sich folgendermaßen aus:

„Als am 12. Januar d. J. die Berliner Holzindustrieller mit all ihrem drum und dran als Unternehmertumorganisation, die Auspeppung eines Teils derjenigen Tischlergesellen vornahm, die dem Deutschen Holzarbeiter-Verband und dem Fachverein der Berliner Tischler als Mitglieder angehören, die hauptsächlich hierbei in Frage kommende Arbeiterorganisation der Deutschen Holzarbeiterverband aber nicht mit einem Gegenjag auf die Unternehmertum reagierte, sondern die Auspeppung ruhig hinnahm und die Nichtausgesetzten ruhig weiter arbeiten ließ, war schon mit ziemlicher Sicherheit vor, auszugehen, welchen Ausgang ein soßer Kampf nehmen müste. Schon einige Male ist an dieser Stelle auf die unerträgliche Kampfesfaktilität des Holzarbeiter-Verbandes hingewiesen worden.“

Was hat nun dieser harte Kampf — Kampf im Sinne der Gewerkschaftsbewegung — laut diese Auspeppungsperiode eigentlich nicht genannt werden, weil die Arbeiter den Kampf aus dem Wege gegangen sind und das Unternehmertum durchaus nicht belästigt haben — was hat also diese passive Taktik des deutschen Holzarbeiterverbandes diesem genutzt? Nach Angabe Theodor Glöckels hat sie dem D. H. B. 2½ Millionen Mark an Unternehmungen, einen ziemlichen Mitgliedsverlust, er spricht von über 1000 Streitbrechern allein für Berlin, gelöst, ganz abgesehen von dem gewaltigen Lohnverlust, den die Ausgesetzten zu verzeichnen haben und den hohen Beiträgen, die von den Arbeitenden geleistet wurden. Dafür ist nunmehr ein Vertrag Zustande gekommen, der von beiden Seiten, den Unternehmern wie den Arbeitern durch Stimmabstimmung erkannt wurde, der eine Dauer von drei Jahren hat, und zwar bis zum 12. Februar 1910 abends; eine Arbeitsverkürzung für Berlin von einer Stunde, aber erst vom 12. Februar 1909 ab vorsticht, und das für die Tischler eine spröderige Lohnerschöpfung per sofort einzutreten soll. In den anderen in Frage kommenden Städten entsprechend höher Arbeitszeit und weniger Lohnerschöpfung. Das sind Erfolge. So wie die Dinge heute stehen, gab es nur zwei Wege für die Ausgesetzten und ihre Organisationen. Entweder den Schiedsspruch abzulehnen und die Arbeit ohne Vertrag zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, d. h. wenn die Unternehmer die Buben öffnen, oder diesen Schiedsspruch anzunehmen. Die gleich 200 Holzarbeiterverbände, die in der Julius Schnoor-Versammlung anwesend waren, entschieden sich für letzteres. Die Stimmzettel-Abstimmung ergab ein ziemlich kluges Resultat für den Holzarbeiterverband. Es wurden nämlich im ganzen nur 6650 Stimmzettel abgegeben — möglichst haben auch die Abstehenden Stimmrecht — von diesen waren aber nur 4705 für, 1861 dagegen und 84 ungültige Stimmzettel zu verzeichnen.

Die Unzufriedenheit scheint danach ungeheuer groß zu sein, wenn nicht etwas Schwärmeres, nämlich Interessenlosigkeit der Mitglieder hierbei die größere Rolle spielt. Nicht einmal die Hälfte der im Holzarbeiterverband organisierten Tischler haben sich darnach an der Abstimmung beteiligt. Das läßt tiefliebendes Sabor sagen“.

Obwohl uns mit all dem Gezeichneten einverstanden zu erklären, scheint „Die Einigkeit“ in manchen Punkten Recht zu haben.

Die Arbeitgeber der Holzindustrie sind auf einmal die sozial Fortgeschrittenen, wenigstens wollen sie den Anschein hierzu erwecken. So läßt sich die „Kölner Volkszeitung“ vom „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe“ über den Ausfall der Berliner Friedensverhandlungen schreiben:

„Schon in den Vorverhandlungen der Zentralvorstände war als wesentlicher Fortschritt für die Erhaltung des zukünftigen Friedens beschlossen worden, gewissermaßen als Basis für den kommenden Reichsarbeitsamt ein Arbeitsamt für das deutsche Holzgewerbe zu gründen, das in Zeiten des Friedens regelmäßig zusammen kommen soll, zuerst im Juni dieses Jahres in Eisenach, um einerseits eine möglichste Vereinigung über die Grundlage der neuen Beiträge herzustellen und andererseits nach Art des Buchdruckertarifes sämtliche Städte in Klassen einzuteilen, insbesondere auf Arbeitszeit usw. Ferner wurde beschlossen, daß die Kündigung der Verträge nicht den Lokalverbänden überlassen bleiben soll, sondern nur durch die Zentralvorstände erfolgen darf, was zweifellos eine weitere Gewähr gegen übereilte Streiks oder Sparten bietet. Überhaupt dürfte zur Vermeidung zukünftiger Lohnkämpfe in allen Gewerben die Schaffung einer zweiten höheren Instanz (Oberschiedsgericht) sehr empfehlenswert sein.“

Bon besonderer Bedeutung für eine zukünftige friedliche Entwicklung dürfte es sein, daß sämtliche Beiträge in den 15 Städten zum gleichen Tage ablaufen, und zwar zum Samstag den 12. Februar 1910, sowie der Umstand, daß die Kündigung nicht durch die Lokalverbände, sondern nur durch die Zentralvorstände erfolgen kann, und zwar mit drei Monaten Frist vor Ablauf des Vertrages.

Zu bedauern ist es nur, daß es erst eines viertausendjährigen Streiks bedurfte, um die Parteien für den Frieden genug zu bringen, während die Tischler durch ungewöhnlichen Überzeugungsgeist des Schiedsspruchs fast gerade so gut waren vor Ausbruch des Kampfes hätte geholfen können. Vielleicht dienen die hier gemachten Erfahrungen aber dazu, daß andere Verbände ohne schwierigste Rümpfe in Zukunft im friedlichen Wege ihre Verträge rechtzeitig regeln“.

Ja, auf friedlichem Wege rechtzeitig die Verträge regeln, das ist eben die Kunst; dazu gehören aber immer zwei. Und solange wir auf der einen Seite ein Unternehmertum haben, dem der „Herr im Hause“-Standpunkt über alles geht, auf der andern Seite aber im Klassenkampf zum Klassenkampf erzeugene Arbeiterschaften, die ausschlaggebend sind, solange wird die „friedliche Regelung“ noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

* * *

Über eines ist der sozialdemokratische Holzarbeiterverband noch Auflösung schuldig. Eine Reihe von Tagesschriften aller Parteihärtungen durchläuft die Nachricht, daß sein Zentralvorstand sich verpflichtet habe, auch nach dem Ablauf des dreijährigen Tarifvertrages auf keinerlei Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne zurückzukommen. Bei der Geschäftsstelle unseres Verbandes wurde diesebald schon Auflösung erwünscht, ohne daß diese in der Lage war, solche zu geben. Bis heute ist jedoch noch keinerlei Nachricht laut geworden, daß sich die Holzarbeiter dem sozialdemokratischen Zentralvorstand verlust haben. Am allerwenigsten werden dieses unsere Verbandskollegen tun.

> o <

Die Reichstreue.

„Die erste Arbeit“, die in Hamburg am 18. und 19. Mai zur Gründung des „Bundes deutscher Arbeitervereine“ angekündigt war, ist nun vollbracht. Es war ein hin und herreden, so daß man den Standort gewählt, als ob nicht einmal die Hauptmacher sich einig seien. Wenn man eine Gewerkschaftsversammlung auf dem platten Lande befreit, steht entschieden mehr Recht und zielbewußtes Arbeiten dahinter. Und woher sollten auch die ersten Gedanken kommen? Herr Schaper in seiner Person ist noch gut bekannt als Streitbrecheragent. Herr Schmitz, der frühere christl. Gewerkschafter, hat aber auch allen Sinn für Vollstrech verloren. Ein an der Tagung teilnehmender meinte, dieser Mensch sei noch schlimmer als ein Kille.

So wurde denn am Sonnabend den 18. Mai der Bund gegründet. Anwesend waren circa 60 Delegierte. Unsere Kollegen werden ja bald mit Sagungen und Aufstehen überzeugt werden, so daß wir uns hier kurz fassen können. (Man wollte die christlichen Gewerkschaften einladen, allein man befürchtete, es könnte der gute Ton getrübt werden, und dadurch die Reichsländer schädig gemacht).

Der Bund als solcher will ein friedliches Zusammenarbeiten aller nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften und Vereine anstreben.

Kein Wiston soll herodotieren werden, und es wäre ja „geradezu trivial“, würden die christlichen Gewerkschaften gegen die Reichstreuen arbeiten. Wir sind der Meinung, daß, wenn man mit uns friedlich zusammenarbeiten will, es vorteilhafter wäre, von den Quertreibereien abzulassen.

Auch sozialpolitisch wollen sie unparteiisch kräftig wirken, so daß der Petitionsstrang gar nicht mehr abläuft.

Besondere Magenkrüzer machte ihnen der Streit. Grundsätzlich verneinen wir den Streit, aber wenn das sonst so humane (!) Unternehmertum absolut nicht will, dann aber nur als allerlegstes Mittel". Hier leistete sich dann der Generalsekretär Barth der evang. Arbeitervereine des Rheinisch-Westfälischen Verbandes im Privatgespräch eine ordentliche Herausforderung. Die christl. Gewerkschaften sind nach seiner Meinung genau so klassenkämpferisch wie die "Genossen"; jeden Streit machen sie mit, um mit den "Genossen" zu liebesseln und sogar bei der letzten Reichstagswahl haben sie in Bonn den Liberalen durchfallen lassen.

Dieser Herr muß wohl ein kurzes Gedächtnis haben, aber will er aus lauter Schäffigkeit nichts von unserer Bewegung lernen. Auch Herr Emett philosophierte noch über den Streit und leistete sich dabei manches belustigende.

Sie rütteten sich noch weiter darum, ob die Religion in das Wirtschaftsleben hineingehöre. Selbstverständlich auf die Religion auscheidend und ist mit der Patriotismus berechtigt und beschützt das soziale Elend zu beseitigen. Ob sie den Patriotismus der Hobelkurbare meinten? Die Agitation der "Reichstreuen" ist einfach. Es soll nur dort die Reichstrommel gewirbelt werden, wo noch keine Hoch-Dunkerchen oder auch Gewerkschaften bestehen. Bis dato hätten ja die dafüll. Gewerkschaften noch nicht vermocht, alle Arbeiter um ihre Fahne zu scharen. Wie weit die gejagten Grenzen eingehalten werden, bleibt abzuwarten.

Es wurde dann noch manches Phantasiiegelde entzündet, bis eine Bombe unter die Ablösungsböen geschleudert wurde.

Ein Hoch-Dunkercher Gewerbevereiner aus Kiel leistete sich eine abwehrende Haltung. Er glaubte der Bund solle nur sein politische Zwecke verfolgen, seine Meinung nach, und das hätte man auch immer behauptet, sollen die wirtschaftlichen Interessen nur als Sturmbock für die Agitation in den Hintergrund geschoben werden. Reiner war der Meinung, daß zu diesem Zwecke die Hoch-Dunkerchen Gewerkschaften schon da seien und würde man ihnen dadurch mit das Wasser abnehmen.

Deshalb müsse der Ruf lautet: "Nieder mit den „freien“ Gewerkschaften, und hinunter in die Hoch-Dunkerchen"; denn, so führte er aus, er habe die Hoffnung, daß man mit der Entwicklung der gelben Gewerkschaften Streitbrechergewerken im Hause habe und das sei doch etwas zu rechnen.

Wen nun soll die Wahl besiegeln, die dadurch beim geistigen Sohn des Industrieherren, Herrn Emett, herausgerufen wurde, und welches Resultat liefert es, daß es ja eine unechte Agitation, ja etwas ist, was nie zugekommen". Herr Emett beweist hier vor die Freude und erregt glänzte er am besten zu tun, mit welchen Elementen ein jeder nicht mehr zu beschließen ihrer Seiten mit joch verbreiteten Wirkungen kommt es ja auch gar nicht anders kommen.

Dem Sohn wurde dann noch ohne jede Begründung eine Reaktion angesprochen, die aufschlußreich läutet, daß das heutige Hoch-Dunkel-Streit gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften unfeierlich ist, und bestellt ein wahrhaft „freies“ Verlangen nach.

Begegnet hier noch die Zeitsäge, die Herr Emett für die Freiheit der "Reichstreuen" anspricht:

Zeitung 1. Ein Beitrag auf die Entwicklung erfuhr bei dem gewöhnlichen Begegnen aller auf sozialdemokratischen Arbeitsgrundsätzen.

Zeitung 2. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik soll es ein Reformprogramm mit einer Kompromisslinie, die nur sozialpolitisch, aber unsozial, und ohne Parteidaten zu tragen, benötigen.

Zeitung 3. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik soll sich der Bund jetzt jenseitige Verhandlungen gegenüber Gewerkschaften nach Zug der Verhältnisse einzulegen.

Auf den Schriftungen, vornehmlich in letzter Zeit, erfuhr der Bund die kampfbewußten Arbeitseinschätzungen für ebenso gewiß wie das gewisse Industrie-Dunkel-Schichten. Der Bund wird bestellt, in sozial politischer Sicht andere Begegnungen, bei den vor der Sozialdemokratie ausgeschlossenen Massen zu unterhalten, nicht zu unterlassen, im Gegenteil wird er auf die Verhältnisse so einzuseilen suchen, daß der geäusserten Streitlinie 1889 gefolgt wird.

Zu den hochsozialen Arbeiterschichten soll der Bund ein möglichst Verhältnis erhalten, und unterstützen.

Zeitung 4. 100 stärkste Gewerke befürchtet der Bund die Arbeit der Richtung und erneuten Verstärkung der Arbeiterschichten, und das Bild der Gesellschaft zu verschärfen und somit zu beschädigen, sofern es gelänge, dem Sohn nicht ausreichende Sicherungsmaßnahmen und Zusicherungen nicht zu schaffen, so daß dieses Blatt jährlings Arbeitgeber und -nehmer die Geschäftsschicht der Industrie aller zu beladen und das nationale Gewerbe keinen Platz, nachzuweisen, der Arbeiterschaft zu verlieren.

Die Schriftungen zur Zukunft der Gewerkschaften aller sozialdemokratischen Organisationen der Industrie zeigen, daß diese und kleinen Betrieben sehr viel zu suchen.

Was den besten Sohn geht ins Innere heraus, weiß keiner, auch der "Reichstreuer" weiß das fast nicht mehr und weiß weniger mit "reellen" Gewerkschaften. Sie leben gerade so, daß kein Platz für beständige Blockade zu finden ist. Hochsoziale Dinge spielen unter dem Deckmantel des Nationalen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, Unterschichten die bei geistigen Prozessen selber keine Gewerkschaften und der Reichssozialist gegen die Gewerkschaften zu kämpfen ist gewohnt, denn er ist ja nicht der Gewerkschaften und unterdrückt die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die zwischen den beiden. Sie inneren Dingen sind für alle drei gleich. Wer ist die Erziehung dieser teilnehmenden Regierung in der Industrie, die unterschiedliche Funktion des Industriekapitals und der sozialen Leben und die Richtung führt und welche und vor allen Dingen „gefährliche“ Industriewerke, und Städte hat. Nach den sozialen Gewerken und der sozialchristlichen Arbeiterschichtung gesehen.

Wir sind der Meinung, daß die Freiheit nicht mehr und nicht weniger mit "reellen" Gewerkschaften. Sie leben gerade so, daß kein Platz für beständige Blockade zu finden ist. Hochsoziale Dinge spielen unter dem Deckmantel des Nationalen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, Unterschichten die bei geistigen Prozessen selber keine Gewerkschaften und der Reichssozialist gegen die Gewerkschaften zu kämpfen ist gewohnt, denn er ist ja nicht der Gewerkschaften und unterdrückt die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die zwischen den beiden. Sie inneren Dingen sind für alle drei gleich. Wer ist die Erziehung dieser teilnehmenden Regierung in der Industrie, die unterschiedliche Funktion des Industriekapitals und der sozialen Leben und die Richtung führt und welche und vor allen Dingen „gefährliche“ Industriewerke, und Städte hat. Nach den sozialen Gewerken und der sozialchristlichen Arbeiterschichtung gesehen.

würden. Wo sie sich einzustellen sollten, müssen unsere christlichen Gewerkschaften auf dem Posten sein und ihnen treu dem Grundsatz: "Gedem das Seine geben", was ihnen gebührt: Die Verantwortung.

Einige Gedanken über den 4. Sozialen Kursus in Hannover!

I.

Dieser vom Gesamtverband evang. Arbeitervereine veranstaltete Kursus fand vom 7. April bis 3. Mai statt und zählte 68 aktive Teilnehmer, sowie eine große Zahl Hospitalitäten aus allen Städten und Berufen. Dieses letztere ist ein sehr erfreuliches Zeichen für das wachsende Verständnis, welches die übrigen Gesellschaftsklassen den Bestrebungen der Arbeiter entgegen bringen, da sonst keine Veranlassung zur Teilnahme für diese vorliegen würde. Denn der Kursus war in seinem ganzen Programm darauf gerichtet, der Arbeiterbewegung als corporativer Selbsthülfe, neue und bessere Waffen zu liefern, den in ihr tätigen agitatorischen und organisatorischen Kräften Blick und Sinn für die großen Fragen der Zeit zu schärfen, damit sie durch gereifteres Urteil imstande sind, durch zielbewußte, aber mit den Interessen anderer Berufsklassen vereinbare, Arbeit die Interessen der Arbeiter in bestmöglichster Weise zu wahren. Die Abwicklung des Programms zeigte in großen Zügen den organischen Zusammenhang und die Zusammenwirkung aller wichtigen Faktoren und Volkskräfte dadurch klar legend, daß bei all den vorhandenen Gegensätzen die Natur ein Handwerk anstrebt zum gemeinsamen Wohl des Volkes verlangt und durchsetzt. Das bedingt noch lange keine Harmonie und Friede, denn Gegensätze bleiben doch und namentlich die Arbeiterklasse hat noch lange zu kämpfen, bis sie die Stellung in der Gesellschaft einnimmt, die ihr von Gottes und Meisterswegen zukommt. Doch berechtigt dies nicht zu Bestrebungen, die, anstatt den eigenen Stand zu heben, die anderen Stände zu sich hinab zu ziehen geeignet sind, denn das ist Kulturrückstritt. Gegensätze sind aber überbrückbar, wenn Ruhe und Saftigkeit bei erreichbaren Forderungen gewahrt wird, wenn gegenseitiges Vertrauen eine Basis finden läßt, auf der jeder zu seinem Recht kommt. Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung aber, welche grundsätzlich auf dem Boden dieser Kulturmacht steht, d. h. bei energischster Wahrung der Arbeiterschichten und das Wohl der Gemeinschaft mit wahrt und fördert, wird dadurch zu einem Faktor, der unsere heimige Kultur vor dem Scheitern früherer Kulturen und Völker steht, nämlich vor frühzeitigem Verfall infolge zunehmender sozialer Missstände. Sie ist bestrebt, die sozialen Verhältnisse und den sittlichen Grundlagen des Christentums zu verbessern, sie willt alle im besten Sinne des Wortes kultur- und staatswährend.

So dieses kann die Partie, die gerüst, keinen Anspruch darauf machen, während der kurze Dauer von 4 Wochen wissenschaftlich durchgebildete Männer erzielen zu können, doch dazu die christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Wesen und Grundzügen zu vertiefen. Man fragt zwar: Grau ist alle Theorie, die Kurie haben deshalb keinen praktischen Wert. Aber, so zeigt man dem gegenüber frage, hat es die Praxis nicht? Was zeigt vielleicht die Theorie in manchen Fällen der Praxis vorwärts? und ist nicht speziell in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung das Zeichen eines theoretischen, mit der Willkür sich bedeckenden Programms oft genug Ursache, daß selbst die einfachsten Prinzipienfragen ganz versäumt und jenseit der verhandelt werden? Ziemlich aber die Bewegung möchte, nach jahrelanger wird dieser Mangel werden, es wird zur Ausstellung eines solchen kommen. Dann aber kommen die Kraft in ihrem Werke zur Geltung, die Frage nach Praxis gelöst und verfestigt haben.

So dieses kann die Partie, die gerüst, keinen Anspruch darauf machen, während der kurze Dauer von 4 Wochen wissenschaftlich durchgebildete Männer erzielen zu können, doch dazu die christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Wesen und Grundzügen zu vertiefen. Man fragt zwar: Grau ist alle Theorie, die Kurie haben deshalb keinen praktischen Wert. Aber, so zeigt man dem gegenüber frage, hat es die Praxis nicht? Was zeigt vielleicht die Theorie in manchen Fällen der Praxis vorwärts? und ist nicht speziell in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung das Zeichen eines theoretischen, mit der Willkür sich bedeckenden Programms oft genug Ursache, daß selbst die einfachsten Prinzipienfragen ganz versäumt und jenseit der verhandelt werden? Ziemlich aber die Bewegung möchte, nach jahrelanger wird dieser Mangel werden, es wird zur Ausstellung eines solchen kommen. Dann aber kommen die Kraft in ihrem Werke zur Geltung, die Frage nach Praxis gelöst und verfestigt haben.

Das neben dem Ernst auch das Heitere zu seinem Rechte kommt, dafür sorgt der von auswärts gekommene Werkmeister und Streikbrecheragent Rotofinski. In Ramberg ist ihm der Boden zu heiß geworden und so ging er nach Landstuhl, moestlitz die Firma Nilles & Störz ein Zweiggeschäft errichten will. Hierfür sucht Rotofinski nun Arbeiter, unter der Vorstellung, sie würden 40, 50, und 60 M. pro Woche verdienen. Wir machen dem Herrn Nilles nun den Vorschlag, daß er seinen Arbeitern in Ramberg nur die Hälfte von dem gibt, was man den Streikbrechern verspricht und dann geben wir den Streit sofort auf. Das Liebeswerben des Streikbrecheragenten Rotofinski ist bis jetzt allerdings vergeblich gewesen, nur zwei junge Burschen im Alter von etwa 15 Jahren lieben sich anmerken und verrichten im Landstuhl im Judo-dienste. Den Lohn dafür werden sie später erhalten. Die Ramberger Kollegen und Kolleginnen aber werden zusammen und so lange weiterkämpfen, bis sie ihre gerechte Sache zum Siege geführt haben.

Lohnbewegung in Münster i. W. Nachdem der im Jahre 1904 abgeschlossene Tarifvertrag am 1. Juni d. J. seinem Ende entgegenstellt, erachten es auch die Kollegen in Münster für notwendig, einen weiteren Schritt in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu machen. Eine hierzu gewählte Lohnkommission hat bereits die Forderungen eingereicht. Dieselben bestehen in der Hauptzulage in der 9½-stündiger Arbeitszeit, sowie einer Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Auch sind in dem Tarif sonstige Verbesserungen, namentlich für auswärtige Arbeiten vorgesehen. Die Zahlstelle Münster zählt 2.816 über 860 Mitglieder und falls es denselben Ernst ist mit der Verbesserung ihrer Lage, ist es ihre Pflicht, einmütig und geschlossen hinter der Lohnkommission zu stehen, um der selben die Einführung des neuen Tariffs möglich leicht zu machen. Nachdem in sämtlichen Zahlstellen unseres Verbandsbezirks die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine wesentliche Verbesserung erfahren haben, muß für die hiesigen Kollegen die Lösung sein: Münster an der Spitze! Und dieser Wunsch wird zur Tatsache werden, wenn sämtliche Kollegen die bisher an den Tag gelegte Einmütigkeit als wahre Gewerkschaftsmitglieder auch im jetzigen Lohnkampfe bewahren.

Tarifabschluß in Amberg. In letzter Stunde, als bereits die Arbeitsniederlegung beschlossen war, haben die Amberger Unternehmer und die mit denselben vereinigten Schreinermeister den von den Verbänden aufgestellten Vertrag unterzeichnet. Die Differenz, an der die Einigung zu scheitern drohte, lag in der Zeitdauer des Vertrags. Während unseres zweijährige Tarifdauer gefordert wurde, verlangten die vereinigten Arbeitgeber kategorisch dreijährige Dauer, ohne jedoch eine Steigerung der Löhne im dritten Jahre folgen zu lassen. Daraufhin wurde der Vertrag gefasst, in Streit zu treten. Doch schon am nächsten Tage erklärten sich einige Firmen bereit, den Vertrag auf zwei Jahre einzugehen, was auch die übrigen Firmen veranlaßte, nachzugeben. Erst jetzt wurden Minimallöhne von 28 bzw. 33 Pf. und eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde von 53 bzw. 60 Stunden auf 58 Stunden in der Woche heruntergelegt. Für Überarbeiten werden 25%, bei Nachtarbeit 50% Bushag bezahlt. Außerdem werden die Kolleginnen bei Auswärtsarbeiten vergütet. Sieht man die Arbeitserfüllung in Betracht, so bedingt die Lohnzulage 3-5 Pf. die Stunde. Bei den allgemeinen schlechten Arbeitsverhältnissen in der Oberpfalz bedeutet der Vertrag an sich einen wesentlichen Fortschritt zur Hebung unseres schwächeren Schreinerhandwerks. Allein, mit dem Tarifabschluß ist nicht genug geschehen, nunmehr liegt es an den Kollegen, denselben aufzuhalten und weiter auszubauen. Gleichzeitig wurde auch eine Lohnbewegung für die hier beschäftigten Hammerer erfolgreich durchgeführt,

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zu Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Eröffnungstage dieser Nummer der 20. Monatsbericht für die Zeit vom 19. bis 25. Mai 1907 folgt.

II.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

Lohnberichtigung.

Bei einer Lohnberichtigung ist der Generalsekretär jede Woche zur Berichtigung am Sonntag über den Stand der Bewegung aufgefordert; außerdem soll die Fortsetzung vor dem Zugtag fort.

Zugtag ist Sonntagnachmittag.

III.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

IV.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

V.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

VI.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

VII.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

VIII.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

VIII.

Die Sammlungen für die ausgesetzten geworbenen Schneider und Taler sind eingestellt und die bereits gesammelten Betrage umgeben an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmestraße 14, einzufinden.

X.

zit wurden für die meisten Kollegen 8 Pf. pro Stunde Zulage. Da anlässlich der Mauerbewegung im Vorjahr als Arbeitgeber 8 Pf. zugestanden wurden, so beträgt Aufbesserung im Verlauf eines Jahres 6—7 Pf. pro St. Da Zimmerer im allgemeinen dem Bauhandwerker- und angehören, wurden die Ambergser ihrem ausdrücklichen Wunsche gemäß unserer Ambergser Zahlstelle als Sektion aufgelistet. Unter der guten Leitung der Sektion werden auch in der Zukunft die Kollegen stets gerüstet sein, Interessen zu vertreten.

Der Streit in Regensburg bei der Firma Kaiser ist fort. Wie verlautet, will Kaiser sein Geschäft auf. Der Kampf scheint der hiesigen Leitung des deutschen Arbeiterverbandes jeden Mut genommen zu haben, auch den Kleinbetrieben vorzugehen, was selbstverständlich, die berächt kommenden Kollegen sehr verbittert hat. Ohne energisches Vorgehen, wird in Regensburg kaum jemals gründliche Regelung der Arbeitsverhältnisse möglich sein. Haben die zwei letzten Lohnbewegungen zur Genüge bezeugt.

Der Streit der Tapzierer in München dauert fort. Es gibt die Hälfte der Kollegen arbeitet jedoch schon zu den von den Gehilfen aufgestellten Bedingungen; ein großer Teil der Tapzierer ist bereits abgereist. Ein Ende des Spizes ist noch nicht abzusehen.

In Bamberg hatte eine bei der Firma Grauz und das eingeleitete Lohnbewegung den Erfolg, daß die auf sämtliche Löhne einen Aufschlag von 10% brachte.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gabern i. Els. Vor einiger Zeit wurde hier eine Zahlstelle des Verbandes gegründet. Die tapferen Verhältnisse der Kollegen öffnen allmählich auch dem rückständigen Arbeitgeber die Augen. So schreitet nun die Zahl der Mitglieder langsam aber sicher vorwärts. Am Sonntag den 12. Mai hielten wir die erste öffentliche Versammlung ab. Kollege Bach er sprach über das Thema: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hiesiger Holzarbeiter und wie geben wir dieselben zu verhindern?“ Zu der Versammlung waren einige Meister erschienen die „Genossen“ durften natürlich auch nicht fehlen. Das sehr gut gehaltene Referat mußte selbst die Meister überzeugen, daß Zukunft hier nicht so weiter gehen können. Auch der „zu uns Straßburg herbeigeeilte“ Genosse konnte an demselben aussehen. Nur glaubte er seine alten Märschen verzapfen lassen und einen Teil in die hiesige Arbeiterschaft zu treiben. Diskussion durfte denselben überzeugt haben, daß bei den anderen Kollegen nicht gut „Bauernsang“ zu treiben ist. Auch die Meister beteiligten sich an der Diskussion. Schließlich die folgende Resolution angenommen.

Die am 12. Mai 1907 im Saale des Salmen in Gabern versammelten sind darin einig, daß die hiesigen Lohns und Arbeitsbedingungen der Holzarbeiter dringend einer Besserung bedürfen. Die Löhne sind absolut ungerecht, da dieselben nicht für verhältnismäßige Arbeit pro Tag 2,30 M. bis höchstens 3,40 M. betragen. Die Arbeitszeit ist fast durchweg eine standige, letztere noch länger. Die Versammlung erwartet, daß die heute von einigen anwesenden Arbeitgebern zugesagten Besserungen bald erfolgen und auch in allen Betrieben ausgeführt werden. Um dieses, und später eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse zu erzielen, fordert die Versammlung alle Holzarbeiter von Gabern und Umgebung auf, sich einem Zentralverband christlicher Holzarbeiter anzuschließen. Und die Versammelten der Überzeugung, daß im Gegensatz zum sozialdemokratischen Verband, es der Zentralverband christlicher Holzarbeiter ist, der am besten in der Lage, Kollegen zu einigen, da in demselben Niemanden seine religiöse und politische Meinung verletzt wird, aus diesem Grunde auch am ehesten in der Lage ist den Gaberner Holzarbeiter Hilfe zu bringen“.

R. Gladbach. Einen für Gewerkschaftler interessanten Fall stellt am 6. Mai das hiesige Schöffengericht. Der hiesige Sachverständige ist folgender: Nach einer von dem sozialdemokratischen Verband am 8. Dezember vorigen Jahres einberufenen Versammlung rief die Leute der R. Gladbachser Genossen, Beamteter sozialdemokratischen Legiunärarbeiterverbandes, Genosse Panhuis, Arbeitsschreiter Bessels das Wort „Streikbrecheragent“ zu, vom Arbeitsschreiter Bessels angestrebte Privatflage be gestern verhandelt. Der Angeklagte Panhuis bestritt auf Enthiedenheit, die Aushebung gemacht zu haben; im nächsten endlich wollte er aber auch schon den Wahlscheinbeweis für Wort „Streikbrecheragent“ antreten. Privatflüger habe zur des Cölner Holzarbeiterstreites Holzarbeiter von Hamburg-Cöln dirigiert. — Der Wahlscheinbeweis wurde als nicht erlaubt angesehen, wie vom Gericht in der Urteilsbegründung festgestellt wurde. Überhaupt schaut Herr Obergenosse Panhuis jetzt schlecht bei der ganzen Gerichtsverhandlung ab. — Das Urteil lautete auf 40 Mark Geldstrafe eingesetzt entsprechende und Tragung der Kosten.

Passau. Die hier vor kurzem stattgefundenen Wahl der Vertreter zur demokratisch ins Leben tretenden Ortskantonskasse brachte christl. Arbeiterschaft von Passau einen schönen Sieg. Von Betreter, die zur General-Versammlung zu wählen waren, auf die Christl. 60, auf die sozialdem. 6 Betreter. Das ist eigentlich unerwartet gekommen. Dieses Resultat haben wir mit dem eifrigsten Wissen unseres Ortskantons, das die in die Hand genommen, an der Spitze dessen Vorsitzender Dr. Mayer, (Vader) sowie der eifrigsten Kleinarbeit der ersten Zahlstellenmitglieder zu verdanken. Aber auch unsere Freunde freudig ihre Kräfte zur Verfügung; kein Kollege am Wahltag. Lernen wir, was durch seines Zusammensetzen erreicht werden kann. Das Ortskantell hat sich bei dieser Eleganz glänzend bewährt.

Spießingen. Am 12. Mai fand in Tuttlingen eine Mitversammlung der Zahlstellen Spießingen und Tuttlingen. Beschllossen wurde hier die Zahlstelle Tuttlingen mit der Zahl Spießingen zu verschmelzen und für Tuttlingen einen neuenmann anzustellen. Auch die Vertrauensmannstelle beim a. D. gehört jetzt zur hiesigen Zahlstelle. Auf der Amtseinführung stand unter anderem Neuwahl der Vorstandsschaft. Kollege Schuster als Vorsitzender, Kollege Schmid, Büsseler und Kollege Beder als Schriftführer gewählt. Vertrauensmann in Tuttlingen ist Kollege Gösner, im Ruhheim aus. Mitgliederversammlungen sollen von jetzt ab abwechseln in allen drei Orten gehalten werden. Am Schlusse der Versammlung reichte der Vorsitzende noch einige ermunternde

Worte an die erschienenen Kollegen und forderte sie zur effizienten Werbearbeit unter den indifferenzen Kollegen, deren es hier noch sehr viele gibt, auf. Möge die nun verbundene Zahlstelle blühen und geblieben zum Nutzen der Kollegen und des Verbandes.

Breslau. In einer der letzten Nummern unseres Verbandsorgans finden wir die Einträge, die Kollege Sangmeister aus Bromberg auf seiner Agitationstour durch Schlesien gewonnen hat, veröffentlicht. Dabei kommt nun Breslau besonders schlecht weg. Die Breslauer Kollegen sehen sich veranlaßt, festzustellen, daß es ohne besondere Schwierigkeiten nicht möglich war, diese Versammlung zusammen zu bringen und es aus tatsächlichen Gründen am besten unterbleiben mußte. Das dies geschah, ist auf die ungünstige Verständigung zwischen Bromberg und Breslau zurückzuführen. Doch hätte es uns umso mehr gefreut, wenn uns Kollege S. in einer unserer Mitgliederversammlungen, welche um dieselbe Zeit trafen, beeindruckt hätte. Es wäre dies doch wohl sehr leicht möglich gewesen. Wenn nun Kollege S. daraus entnimmt, daß die Leitung der Zahlstelle nicht funktioniert, sich auch in diesem Sinne im Verbandsorgan äußert, so ist dies geeignet, daß Ansehen der Zahlstelle Breslau erheblich herabzusetzen. Wir müssen dagegen protestieren. Es ist uns unerträglich, wie man aus dem Nichtstunbekommen einer Versammlung solche Schlüsse ziehen kann. Wir glauben, daß das Urteil ein zu voreiliges war. (Anm. d. Red. Hoffentlich vergessen die Breslauer Kollegen neben dem Protestieren auch die praktische Arbeit nicht.)

Weiden. Zum zweitenmale wurde hier vergangene Woche eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet, nachdem durch Arbeitsschreiter mehrerer Kollegen und durch verschiedene andere Umstände die erste Zahlstelle eingegangen ist. Diesmal ist es gelungen, fast sämtliche Kollegen zu vereinigen, was sichere Aussicht bietet, die hiesigen herrschenden schlechten Arbeitsverhältnisse, besonders in Bezug auf Arbeitszeit, in der Zukunft zu regeln. Letzteres liegt schon im Interesse der Schreinermeister selbst, da sie bei der gegenwärtigen Lage ihre Gehilfen kaum mehr halten können. An den Kollegen wird es nunmehr liegen, durch einiges Zusammenstehen und Schulung auf einer Verbesserung der Verhältnisse hinzuarbeiten.

Korbmacher.

Schaidt-Steinfeld. Am Donnerstag den 9. und Sonntag den 12. Mai fanden in Schaidt-Steinfeld öffentliche Korbmacherversammlungen statt, die äußerst stark besucht waren. Kollege Erling aus Frankfurt referierte über „Zweck und Notwendigkeit des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands“. An einer Reihe von Beispielen zeigte er, wie die organisierten Arbeiter durch die Organisation ihre Lage verbessert haben. Auch die Korbmacher könnten ihre wirtschaftliche Lage verbessern, wenn sie organisiert wären. In seinem Berufe finde man die lange Arbeitszeit und den niedrigen Verdienst wie in der Korbwaren-Branche. Dieses kommt daher, weil die Korbmacher speziell die pöhlischen, sich noch nie um eine Organisation gekümmert haben. Die Kollegen sehen nun ein, daß sie in Folge ihrer Gleichgültigkeit noch nie etwas erreichten und so schloß sich eine Anzahl von Kollegen dem Verbande an. Die andern werden bald folgen, wenn die bis jetzt organisierten mit Mut und Energie an den Ausbau der Organisation herantreten. Die traurigen Zustände in der pöhlischen Korbindustrie, 14—17 stündige Arbeitszeit, dabei ein Verdienst von 10—13 M. im Höchstfall 15—16 M. bedürfen dringend der Ausmerzung. Dies kann aber nur durch die Gewerkschaft geschehen. Datum auf Ihr Korbmacher, es gilt für Eure Interessen zu arbeiten, bleibt keinen zurück. Nicht habt Ihr zu befürchten, wenn eine starke Organisation hinter Euch steht.

Sterbeschaf.

W. Münzen, Schreiner, gestorben zu Düsseldorf. Josef Keltis, Schreiner, gestorben zu München.

Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Der Typus der gelben Gewerkschaft. Bei dem bedenklichen Umstiegreisen gelber Gewerkschaftsgründungen, die zerschred auf die ohnehin schon genügend zerstückte deutsche Arbeiterbewegung wirken, verloht es, sich die Struktur der artiger künstlicher Bildungen innerhalb der Arbeiterschaft zu vergegenwärtigen. Die neueste Schöpfung auf dem Berliner Eder-Werk (Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen) bietet ein typisches Muster. Die Firma hat einen Spar- und Prämienverein der Arbeiter der A.-G. H. J. Eder-Lichtenberg am 1. April 1907 ins Leben gerufen, dem jeder Arbeiter des Betriebes angehört, der Mitglied keiner gewerkschaftlichen Organisation ist oder solche unterstützt, die bei Streiks und Aussperrungen Unterstützung an ihre Mitglieder zahlen. Der Verein bezweckt die Förderung des Sparfusses seiner Mitglieder. Die Vereinsmitglieder führen jede Woche 40 Pf. an den Verein ab. Die Firma quittiert in der wöchentlichen Lohnabrechnung über den Eingang der Sparbeträge und gibt die jeweilige Gesamtsumme der Spargelder an. Beim etwaigen Austritt der Mitglieder werden die Spargelder zurückgezahlt, im Falle des Todesfalls geschieht dies an die Hinterbliebenen. Die Aktiengesellschaft H. J. Eder wird die Spareinlagen mit 6% verzinsen, unter der Annahme, daß ob das ganze zur Verzinsung kommende Spargeld am ersten Einzahlungstage eingezahlt worden wäre. Diejenigen Sparer, die am Schlusse eines Geschäftsjahrs die Mitgliedschaft besitzen und bei Beginn desselben bereits ununterbrochen ein Jahr im Dienst der Gesellschaft gespendet haben, erhalten anstatt der Prämie von 50% der gesparten Einlagen, bei einer ununterbrochenen Dienstzeit von drei Jahren anstatt der Prämie eine Prämie von 100% der gesparten Einlagen, bei sechs Jahren eine Prämie von 150%, bei einer ununterbrochenen Dienstzeit von zehn Jahren eine Prämie von 200% der Spareinlagen. — Die Prämien belaufen sich also in Netto-beträgen, nach Aufrechnung von 6% Zinsen für die Spareinlagen, für das erste Dienstjahr auf etwa 9 M., was eine Lohnzulage von 18 Pf. pro Woche bedeutet, für die nächsten beiden Dienstjahre zusammen 53 M. (gleich einer Wochenzulage von etwa 50 Pf. gegenüber dem Einfüllzulage), für das vierte bis sechste Dienstjahr auf 158 M. (— Wochenzulage während dieser Periode, verglichen mit dem Einfüllzulage etwa 1 M. —), für das siebente bis zehnte Dienstjahr auf 352 M., was eine wöchentliche Lohnzulage in dieser Periode von 1,75 M. oder 75 Pf. mehr als in den vorangegangenen drei Jahren bedeutet. Dafür, so bewirkt die

„Soziale Praxis“, verzichten die Arbeiter dann auf ihr Koalitionsrecht.

Hört mit dem Nummel. Erfreulicherweise mehren sich die Stimmen, die sich gegen die Ausbreitung gelber, nationaler und vom Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie gegründeten vaterländischen Gewerkschaften richten. Den Weiterblickenden bleibt es nicht unbeachtet, daß den Arbeitern mit der Schaffung von Bewahranstalten nicht gedient ist, sondern nur selbständige Organisationen es sein können, die den Arbeitersland geistig, füllig und wirtschaftlich vorwärts bringen, die ihn lehren, sich mit der bestehenden Gesellschaftsordnung abzustimmen. Sogar in jenen Gegenden, wo die christl. Gewerkschaftsbewegung fast gar nicht vertreten, kommt dieser Gedanke zum Durchbruch. So veröffentlicht die „Soziale Kommission in Schwerin (Mecklenburg), deren Leitung in den Händen der konservativen Reichstagsabgeordneten Dr. Drösser liegt, in der „Mecklenburgischen Zeitung“ ihr Programm, in dem es unter anderem heißt:

„Für die Soziale Kommission können als Faktoren der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nur die bezgl. Konfessionellen Vereine, sowie die christl. Gewerkschaften und sonstigen auf christlich-nationalem Boden stehenden Verbindungsvereine in Frage kommen. Die Soziale Kommission kann daher, so sehr sie auch schon nach dem Wortlaut ihrer Sagungen der Belebung des Umsturzes dienen will, die auf Gründung „nationaler“ oder „reichstreuer“ Arbeitervereine sowie „nationaler“ oder „gelber“ Gewerkschaften hinauslaufenden Bestrebungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nicht unterstützen, da nach ihrer Ansicht hierdurch die christl. Gewerkschaftsbewegung in den evangelischen Arbeiterskreisen gehemmt und somit ein Heil in die christlich-nationalen Arbeiterbewegung getrieben wird. Vielmehr muß die Soziale Kommission in Übereinstimmung mit dem am 24. März in Essien stattgefundenen Vertretertag evangelischer Arbeitervereine sowie von evangelischen Mitgliedern christl. Gewerkschaften diese Bestrebungen als solche erachten, die, wie es wörtlich in der dort einstimmig angenommenen Entschließung heißt, „nicht in wohlverstandenen vaterländischen Interessen liegen“.

Die Soziale Kommission bedauert lebhaft den neuerlichen Angriff der „Korrespondenz des Reichsverbandes“ gegen den bekräftigten Führer in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Reichstagsabgeordneten Giesberts, und erklärt, wiederum in völiger Übereinstimmung mit dem Wortlaut der erwähnten Essener Resolution es als „im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung liegend, daß die evangelische Arbeiterschaft noch in weit größerem Maße als bisher in die christl. Gewerkschaften eintritt, und daß die evang. Arbeitersvereine eine klare und bündige Stellung dahin einnehmen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, sich „in den christl. Gewerkschaften zu organisieren“.

Diese Haltung ist klar und deutlich, und rückt vorteilhaft von denen manch anderer Korporationen ab, die zwischen „christlich“, „national“, „vaterländisch“ und „reichstreuer“ hin und herpendeln. Zu wünschen wäre nur, daß man überall mit solch klarem Blick die Sachlage übersehe und — dementsprechend handele.

Ein Abgesagter. Keine bleibende Stätte hat Herr Albert Röcke, der frühere Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“. Seit der Zeit, als er sich erdreiste, den General-Streik der Glasarbeiter als das was er war, als General-Umfass zu bezeichnen, ist er in Ungnade gefallen. Die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde nach Stuttgart verlegt. Herr Röcke blieb in Hamburg. An seine Stelle trat Ernst Deinhardt. Röcke wurde Gauleiter des soz. Holzarbeiter-Verbandes. Doch nicht lange war hier seines Bleibens. Dann erfolgte seine Anstellung als Sekretär der soz. Partei. Nunmehr geht die Nachricht durch die Presse, daß er auch hier am Ende seiner Wirklichkeit angelangt ist. Er übernimmt jetzt die Redaktion des „Bankhülfarbeiter“, des Organs des soz. Verbandes der ungelernten Beamter. Ob er auch hier lange wirken wird?

Soziale Rundschau.

Lohnstatistik der Leipziger Ortskantonskasse. Ge-nannte Kantonskasse veröffentlicht alljährlich eine Übersicht über die Verteilung ihrer Mitglieder auf die einzelnen Lohnklassen. Von letzteren besteht für die 157 835 Versicherten je ein. Ebenso läßt sich aus der Statistik, daß die höchsten Löhne in der Holzindustrie von denen der Industrie der Maschinen, Werkzeuge ic., des Baugewerbes, der Papier-, Leder- und Gummiindustrie, sowie der Polygraphen-Gewerbe übertroffen werden. So hatten von den 4423 männlichen Pflichtmitgliedern der holzindustriellen Berufe 38,2% einen Arbeitsverdienst von 4,51 M. und mehr. In der Maschinen-Metallindustrie betrug der Prozentsatz der den genannten Lohn verdienenden Arbeiter 41,9%, in der Papier-, Leder- und Gummiindustrie 38,7%, im Baugewerbe 50,6% und in den Polygraphischen Gewerben 57,4%. Wie die Verteilung der versicherten holzindustriellen Arbeiter auf die einzelnen Lohnklassen ist, davon gibt nachstehende Tabelle ein Bild. Klasse X (Personen unter 14 Jahren) fehlt, da die Holzindustrie derartige Versicherte nicht aufweist.

Prämienz.	Fr. M.	Prämienz.	Fr. M.	Prämienz.	Fr. M.
m.	w.	m.	w.	m.	w.
14,51 M. u. m.		II 4,01—4,50 M.		III 3,51—4,00 M.	
28,2 0,2	4,7	—	20,9 0,8	25,2	—
				13,7 2,0	25,3
IV 3,26—3,50 M.		V 2,51—2,75 M.		VI 2,01—2,25 M.	
1,3	—	11,0 6,9	6,1	26,0 20,7	6,4 16,0 7,1 62,1
VII 1,51—2,50 M.		VIII 0,01—1,50 M.		IX 0,61 M. usw.	
—	36,8	—	3,4 13,1 37,7	0,8 6,9	— 0,4 —

Unter dem Lohn durchschnitt der gesamten Leipziger Arbeiterschaft bewegen sich die männlichen, der Versicherungspflicht unterliegenden Holzarbeiter in Klasse III mit 3,2%, in Klasse IV mit 6,5%, in Klasse V mit 3,4%, in Klasse VI mit 0,4%. Über dem Lohn durchschnitt stehen die Holz-

Arbeiter in Klasse I mit 2%, Klasse II mit 3.2%, Klasse VIII mit 3.5%.

Wohnungsbau. Ein ausgäuliches Bild von dem in den Großstädten herrschenden Wohnungsbau gibt der Tätigkeitsbericht des Cölner Wochnerinnenahls für das Jahr 1906. Nach diesem, wurde das Ayl im Berichtsjahr von 410 Frauen aufgesucht. Angestellte Ermittlungen über die Wohnungsverhältnisse, die Zahl der Zimmer und der zur Familie der Wochnerinnen gehörigen Personen ergaben folgendes in der Zusammensetzung gegebenes Bild:

84 Fam. m. 2 Pers. hatten 11×1 3im. 61×2 3. 11×3 3. 1×4 3.	
113 " 3 " 20 1 " 79 2 " 13 3 " 1 4 "	
65 " 4 " 16 1 " 34 2 " 10 3 " 2 4 "	
50 " 5 " 8 1 " 20 2 " 20 3 " 1 4 "	
30 " 6 " 1 1 " 17 2 " 10 3 " 2 4 "	
	[1×5 Zimmer]
31 Fam. m. 7 Pers. hatten 19×2 3. 10×3 3. 2×4 3.	
16 " 8 " 5 2 " 7 3 " 4 4 "	
5 " 9 " 4 " 3 " 1 " 4 "	
5 " 10 " 3 " 3 " 1 " 4 "	
2 " 11 " 1 " 4 " 1 " 5 "	

Man denkt sich nur einmal in den Standpunkt hinein, wo eine Familie mit 6 Köpfen in einem Zimmer hausen muss. Und dazu was für ein Zimmer? Einem nicht allzu gut entlohnnten Arbeiter fällt es in der Tat schwer, die Miete für eine menschenwürdige Wohnung aufzubringen. In den vermoderten und voll von Ungeziefer liegenden Häusern der ältesten Stadtteile zu wohnen, ist deshalb auch gar mancher armer Leutel gezwungen. Luft und Licht sind der kommenden Generation freie Begriffe. — Von Interesse dürfte es auch noch sein zu wissen, daß sich unter den 410 Wochnerinnen 41 Familien von Holzarbeitern befinden.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Stab des Werks. Mit der Arbeitgeber-Güte ist es trotz allen Lantans manchmal nicht vom besten bestellt; namentlich dann nicht, wenn die Arbeitgeber in die Klasse der jenen „Mittelstandsstellen“ gehören. Auch der jetzt abgeschlossene große Kampf in der Holzindustrie hat zur Genüge bewiesen, daß bei den Arbeitgebern auch nicht alles Gold war, was glänzte. Wäre die so gerührte Einigkeit wirklich vorhanden gewesen, so hätten in Berlin nicht 12000, sondern weit über 20000 Holzarbeiter zur Aussperrung gelangen müssen. Diese, den meisten Berliner Kollegen wohl nicht unbekannte Tatsache mag dazu beitragen, daß über den geringen Erfolg einer ziemliche Missäufführung vorhanden ist. Die schlechte Position der Arbeitgeber bei der Aussperrung soll vor allem auf das Konto des „Stabs des Werks“, einer losen Vereinigung von holzgewerblichen Unternehmen, die sich einer besseren Einheit nicht verschließen, zu legen sein. Eine Fazit zu die „Weimarer Werkstatt“ Arbeitgeber-Stellung und Berlin siehet, obgleich sie die Forderungen der Holzarbeiter befriedigt hat, aber diese neue Vereinigung ist folgende:

„Wir haben uns seines, daß zur Wiederholung solcher Belehrungen des Arbeiters mit einiger Rücksicht zu rechnen wäre. Seit gestern tragen wir die Schrift, um der Sache die Aussperrung nach über einen so langen Zeitraum erfreut wurde. Das und was wurde es bekannt, daß die Aussperrung bei beiden nicht in bester Weise handhabt war, wie man in Arbeitgeberkreisen allgemein annimmt. Eine größere Anzahl von Arbeitgebern sieht die Zeit für gekommen, das der Stab ihrer Gewerkschaften Rücksicht zu schreiben und diesen direkt in den Rücken zu fallen. Sie mögen alle Vorteile der Stab verhindern fordern, und mit der Erfordernis: „Wir können nicht!“ Sogar sonst keinem werden, bis der Gesamtbestand der Arbeitgeber in frischer Weise seine beherrschende Macht zur Einführung jüngerer Verbündeten zur Verstärkung gezeigt hat. Sie kann nicht jüngere Umstände des Schaffens der alten bestehenden Arbeitgeber zu berücksichtigen hat, liegt auf der Hand. Berlin geht mit einem jüngsten Beispiel voran. Das Betriebsrat der Reichsbahn hat ihm so manche Probe von mangelndem Solidaritätsbewußtsein abgetragen, die jetzige im Holzverarbeitungs-gewerbe übertrifft alles bisher Dagewesene.“

Der Stab des Werks ist damit gegeben: die ausgeschworenen Verbündeten erzielten Erfolglosigkeit vor den Gewerken, die sehr lange gelebt gewesen waren, wenn es nicht — mit späten genauer Arbeitgeber — geringer wäre, die weiteren Gewerken zu verhindern Schäden für die Gewerke betrieblicher Stoff und Aussperrung nicht nach Bekämpfung aller Gewerken eher bestellt werden, wenn nicht fast der Einigkeits-stand im Lager der Unternehmer der Russland-bewegung neue Mittel zugeführt werden müssen. Sie können jedoch für die eigene Gewerke eine eigene Organisation schaffen im „Stab des Werks“, eine Organisation, die noch keinen Stab und noch kein gezielter erklart, die eigentlichen Gewerke und Gewerke des Betriebs zu verhindern. Sie sollten nun noch einige Gewerke der Gewerke der Reichsbahn ausgeschlossen und für einzelne Gewerke der Gewerke des Betriebs der Holzverarbeitung einzurichten. Sie haben die Gewerke nicht erledigt, zu als kann die Gewerke nicht zu können. Sie sind zu Gewerken zu der längste Dauer bei Gewerken geworden, haben aber die Gewerke, durch Gewerke Gewerke ihre Gewerke nicht erledigt zu können. Sie hat sie zu Gewerken Gewerke eine Gewerke nicht erledigt zu können, was zu den schweren Bedenken führt. Sie haben ihre Gewerke bestellt, was für hier geniale Gewerke bestellt, die eigentlich nicht als Gewerke der Gewerke auszusehen sind.“

Die Reaktion der Arbeitgeberkreise auf die Arbeitgeber-Zusage für den Stab ist:

„Die nachstehenden Ausführungen sind aus verschiedenster Richtung zu untersuchen und beweisen. Wenn jetzt kommt, daß es auch im Holzgewerbe, dessen Organisation von verschiedenen Seiten so sehr geschwächt wurde, z.B. wie es ist, ganz besonders scheint das in der Reichsbahnstadt der Fall zu sein. Schafft es es hier schwächer, sondern schwächer, daß die oben genannten Mitglieder des „Stab des Werks“ in einer so endlosen Fassungspunkt Kollegen in den Rücken fallen. Es ist möglich, daß unter Berücksichtigung dieser Faktoren, die häufig aus einer einfachen bestreiten. Schafft es

wieder sollen. Gerade diese Elemente werden es später befürben, daß sie bei so unbedingt nötigen Arbeitgeberorganisation entgegenarbeiten haben. Möge doch unzählige Beispiel dieser Berliner „Helden“ anderen Arbeitgeberorganisationen zur Nutzung dienen.“

Auch den Arbeitgeberorganisationen können diese Mitteilungen als Warnung dienen insfern, als es nicht immer gut ist, den großen Sprüchen von der Einigkeit der Arbeitgeber blindlings Glauben zu schenken. Ebenso gut wie die Stärke der Arbeitgeberorganisationen nicht unterschätzt werden darf, soll man sie aber auch nicht überschätzen. Ein derartiges Beginnen kann sich für die an einem Kampfe beteiligten Kollegen bitter rächen, indem sie schließlich sich mit Erfolge zufrieden geben, die mit den gebrachten Opfern in keinem Verhältnis stehen.

Streitversicherung der Metallindustriellen. Die Gesellschaft deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen hält in Leipzig unter dem Vorstoss des Landtagsabgeordneten D. Müller ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Die Gesellschaft hat am 31. Dezember 1906 ihr siebentes Geschäftsjahr vollendet, und es sind ebenso wie 1905 infolge der vielen Streiks hohe Anforderungen an die Gesellschaftsstelle herangetreten, doch konnten alle Ansprüche glatt befriedigt werden. Angesichts der hohen Entschädigungssummen, so schreibt die „Soz. Praxis“, wurde von einem Teilnehmer gewünscht, die Gesellschaft möge sich lieber einer größeren Centralversicherungsstelle anschließen. Dem wurde jedoch von anderen Mitgliedern lebhaft widerprochen, da man stets mit den einfachen Jahresbeiträgen auskommen sei und auch im vergangenen Jahre jedem Mitgliede einen Höchstentschädigungsfall mit 80% habe gewähren können. Man gedachte infolgedessen ruhig in der bisherigen Weise fortzufahren, zumal die Mitgliedzahl sich in letztem Fortschreiten befindet. — Auch dürfte die neue Taktik des partizipativen Verhandelns mit den Arbeitern, die der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller fortan befolgen will, nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten, die natürlich nicht ausbleiben können, wo die Routine und die Praxis der Erfahrung noch fehlt, in Zukunft zu einer Veränderung der zahllosen Einzelvereins führen.

Korbmacherei: In Dresden bildete sich ein Verbund ständiger Grünkorbmacher Deutschlands. In Brichten brachte ein großes Lagerhaus Palmkorb- und Mäbellopfen-Fabrik von Bamberg ab. Der Schaden beträgt 60—70000.—

Sägerei und Holzhandel: Zu Freiburg i. Br. wurde das Handelsregister eingetragen: Erste Deutsche Furnierfabrik, Ludwig Jäger, G. m. b. H. in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und Kauf von Furnieren und verwandter Erzeugnisse, insbesondere Fortführung der von der Firma Ludwig Jäger betriebenen Furnierfabrik. Das Stammkapital beträgt 400.000.—

Unter der Firma Deutsch-Rumänische Holzverwertungsgesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Kempten im Allgäu ist eine Gründung erfolgt, deren Unternehmen die Verwertung von Waldbeständen in Rumänien sein Gründer ist der bekannte Sägewerksmeister Wiest in Kempten.

Holzindustrie: Ein internationaler Kongress der Korkindustriellen findet in den Tagen vom 26. bis 29. Mai in Hamburg statt. — Wegen Vertretung von Altforsten wurde die Firma A. Junker zu Frankfurt a. M. auf Grund des Betriebsparagraphen zu 50% Geldstrafe verurteilt.

Gummimühnungsse: Unter Mitwirkung der Deutschen Bank, die auch im Aufsichtsrat vertreten sein wird, ist die Celluloid- und Korkwarenfabrik A. Hagedorn & Co. Danobütt in eine Aktiengesellschaft mit 1 Million Gründkapital umgewandelt. — Die Aktionäre der Hannischen Gummi- und Kautschuk-Kompanie müssen sich für das Jahr mit der Kapitalisierung von 21% Dividende begnügen.

Böttcher: Die bekannte Fackelfabrik von Gottlieb Wohlhöfer in Heidingsfeld bei Würzburg hat, sich in Zahlungsschwierigkeiten befindet, ihren Betrieb gestoppt. Die Firma war bisher stets flott beschäftigt und auch mit ausreichenden Mitteln gegründet worden.

Diverse: Die A.-G. Mir & Genest, Telegraphen-Telegraphenwerke erzielten im Jahre 1906 Neingehalt von 675.028 M., der in folgender Weise verteilt wird: 2% Dividende ist 450.000 M., Vergütung des Aufsichtsrat und den Vorstand 133.525 M., der freiere Rechnung 40.000 M., der Unterstützungs-Fonds 12.000 M., der Rücklage 521 M. und Vortrag auf Rechnung 88.981 M. — Eine Erhöhung der Raten um 10% hat die Vereinigung der Kistenfabriken von Berlin und Umgebung beschlossen.

19

Musikinstrumentenfabrik: Die Matthey in Sa. hat die A.-G. für Geigenindustrie den Aufgenommen. — Über die A.-G. Gebr. Knale, pianofabrik in Münster i. W. berichtet die „Instrumentenbau-Zeitung“: Für das abgelaufene Geschäftsjahr bleibt nach 19.627 M. (22.682 M. im Vorjahr) Abgaben ein Bruttoeinkommen von 31.584 M. (41.268 M.) und 5% Dividende = 25.000 M. (30.000 M. = 6%) und 1579 M. (7063 M.) dem Reservefonds, 1000 M. M. dem Delkrederkonto und 2500 M. dem Diskontkonto gewiesen und 854 M. (564 M.) auf neue Rechnung getragen werden sollen. (Im Vorjahr dienten noch 1222 als Renten). — Die Pianofabrik von B. Simon Ulm hat ihre Zahlungen eingestellt. — Die Pianofabrik

Aus dem gewerblichen Leben.

Rundschau in der Holzindustrie.

Schreinerei: Die F. Küppersbusch & Söhne A. G. Gelsenkirchen-Schalke zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 14%. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sollen wiederum recht günstige sein. Der Bestand an Aufträgen übersteigt denjenigen zur entsprechenden Zeit des Vorjahrs ganz beträchtlich. — Die Schreinerei in Leuna (Baden) erwarben ein großes Grundstück, auf dem eine gemeinschaftlich betriebene Weberei errichtet werden soll. — Der Verband

württembergischer Schreinerei wurde am 28. April in Böckingen gegründet. Dieses scheint weitere Böckinger Kollegen so beeindruckt zu haben, daß sie den ersten für die ungeliebten Organisationsgedanken laufen liegen und nunmehr ihr Datum als Gründungsdatum beschließen wollen.

Eine große Holzverarbeitungsfabrik soll in Danzig auf dem Gelände der A. G. von Fischer & Rohmann gehörigen Terrain errichtet werden. — Eine Schreinerei-Bergen-Gesellschaft wurde in Mayen Rhld. gegründet. — Eine Schuhfabrik wurde in Lohne (Westf.) unter der Firma: Westdeutsche Schuhfabrik von Schrod & Fischer in Betrieb genommen.

Wagen- und Fahrzeugfabrik: Der Jahresbericht der Waggonfabrik, A. G. in Nürnberg (Bayern), bestätigt das Jahr 1906 als günstig. Die sämtlichen Werkstätten waren durch lohnende Aufträge ausreichend befriedigend beschäftigt, wobei ein Umsatz von 3.881.605 M. (gegen 2.560.000 M. im Vorjahr) erzielt wurde. Das bei vorjähriger Berechnung der Betriebe sich ergebende Betriebsergebnis von 649.166 M. fiel nach Dekret der Räte und nach reichlichen Abschreibungen von 120.760 M. (im Vorjahr 98.049 M.), sowie zugleich des vorjährigen Vortrages von 10.901 M. (14.692 M.) einem Betrag von 329.410 M. zu Vergütung (gegen 159.701 M. im Vorjahr). Vergütungslagen nach dem Betrag, wie folgt, zu verwenden: 20.000 M. für die geplante Rüttelkasse, 5.000 M. für den Beauftragten und Arbeitnehmerkassenfond, 37.447 M. Gewinnanteile, 13.413 M. Belohnungen an Beamte, 240.000 M. für 12% Dividende (126.000 M. = 6%), 13.550 M. Beitrag auf neue Rüstung. Nach wie vor besteht bei Staat, Gemeinde und privaten Unternehmen großer Bedarf an Tragern aller Art, welcher noch weitgehender Anzahl noch weniger Jahre erhalten dürfte, und auch aus einer Reihe auswärtiger Länder (Städte, Kaufleute usw.) wird über diesen leistungsfähigen Bedarf berichtet. Obwohl die höheren Rüstungskosten nicht mit den tatsächlichen Preisen für Rüststoffe und den Arbeitsaufwand gleichen Sozial gehalten haben, glaubt die Berechnung berechtigt, infolge des guten Geschäftsjahres den Wagnetz wiederum ein günstiges Ergebnis im laufenden Geschäftsjahr zu erwarten. — Bereits gute Geschäfte hat der Waggonbau A. G. vor der Hofmann in Dresden im Jahre 1906 gemacht. Dagegen 2. Monate davor erhielt die gesetzliche Aufsichtsstelle eine Rüttelsteuer von 25%. — Die Generalsversammlung der A. G. Gebr. Dürkopp & Co. in Bielefeld nahm Kenntnis der ebenso günstigen Entwicklung des Unternehmens. Rüttelsteuer soll das Wagnetz in Zukunft ein sehr ertragreiches 28—30% Rüttelsteuer, die zur Vergütung gebringen kann, während es kann und wenn, Rüttelsteuer zu befrachten.

Wagenbau: Die Wagenfabrik Beutelberger & Co. M. in München ist in der vorigen Zeit, mehr Abschreibungen nach reichlichen Abschreibungen und Rücklagen nach 10% Abschreibe zu verlieren. Im vorigen Jahr lag der Verlust 10%.

Bracheler Korbmacherei

Sonntag den 26. Mai finden im Kreise Heinrich

eine Versammlung statt. Die Kollegen werden gebeten, für zahlreichen Besuch

zurückzurichten.

Gießerei, Mühle und Pecher

finden bauende und gut laufende Beschäftigung bei

Schade & Co. Binsel und